



CDU-Fraktionschef Maik Büssing gibt bei der geheimen Abstimmung zum AfD-Antrag seine Stimme ab.

Foto: Judith Gladow

Gebührenstreit vorerst beendet

Mit einer knappen Mehrheit wurde der Wirtschaftsplan der Stadtwerke Löhne nun doch noch verabschiedet. Im Löhner Rat bleiben die Positionen aber verhärtet.

Judith Gladow

Löhne. Der Wirtschaftsplan der Stadtwerke Löhne ist beschlossen. Mit sechs Stimmen mehr haben die dieses Mal vollzählig anwesenden Fraktionen von SPD, Grünen, der Linken/Die PARTEI sowie der Einzelvertreter der FDP im Rat der Stadt Löhne grünes Licht gegeben. Damit findet die erste große Auseinandersetzung des im Herbst neugewählten Stadtrats ein zumindest vorläufiges Ende. Das politische Theater darum geht jedoch weiter und hinterlässt einen Rat, der sich ziemlich klar in zwei Lager gespalten hat.

Im Dezember hatten CDU, AfD und LBA genutzt, dass in den Reihen der anderen Parteien einige Sitze leer geblieben waren, und den Wirtschaftsplan der Stadtwerke abgelehnt. Die drei Parteien kritisierten, dass über die Eigenkapitalverzinsung Gelder an die Stadt Löhne fließen, die aus ihrer Sicht auch dazu genutzt werden könnten, die Wassergebühren zu senken. Von

„Quersubventionierung“ war die Rede. Als Konsequenz mussten die Stadtwerke bislang auf Sparflamme arbeiten. Denn neue Aufträge und Investitionen seien nur mit einem verabschiedeten Wirtschaftsplan möglich, wie Betriebsleiter Matthias Kreft damals der NW erklärte.

In der Folge entbrannte ein Streit über die bisherige Praxis, die unter anderem auf einem Ratsbeschluss von 2003 beruht. Die Verwaltung sieht das Vorgehen im Rahmen der rechtlichen Vorgaben. Stadtwerke-Betriebsleitung und Verwaltungsspitze betonen, dass eine angemessene Eigenkapitalverzinsung nach Kommunalabgabenrecht nicht nur zulässig und gängige Praxis, sondern sogar erwünscht sei.

Von diesen Erklärungen und Argumenten haben sich die drei Parteien auf der rechten Seite des Plenums jedoch nicht überzeugen lassen. Sowohl CDU als auch AfD haben bei dieser Ratssitzung noch einmal Anträge und Anfragen zum Thema eingebracht. Zu-

erst fordert die CDU in ihrem Antrag, dass mögliche Gewinnabführungen aus den Wassersparten stärker begrenzt und die Gebühren langfristig gesenkt werden. Das wird in der Folge ohne große Diskussionen mehrheitlich mit den Stimmen von SPD, Grünen, Linke/Die PARTEI und FDP abgelehnt.

„Wir haben zwei Monate verloren“

Danach steht dann der Antrag der AfD auf der Tagesordnung. Sie fordert die Abschaffung der Eigenkapitalverzinsung und eine Kalkulation, die Gewinne generell ausschließt. Die Gebühren würden dazu genutzt, den Haushalt aufzubessern, kritisiert AfD-Fraktionschef Artur Mai. Hermann Ottensmeier (LBA) sieht das ähnlich: „Der Gebührenzahler, der sich eine Tasse Tee brüht, zahlt dafür gleich drei Mal, einmal für die Grundsteuer, einmal für das Brauchwasser und dann noch einmal für das Abwasser.“

Mit Unterstützung der LBA setzt die AfD dann in der Folge eine geheime Abstimmung über ihren Antrag durch, mit Stimmzetteln und Kabine statt erhobener Kärtchen. Das Ergebnis spiegelt am Ende zahlenmäßig die gleiche Blockbildung wieder, die auch schon beim CDU-Antrag zum Tragen kam: Es stimmten 30 für eine Ablehnung des AfD-Antrags und 26 dagegen. Insgesamt hat der Rat, sofern vollzählig vertreten, 59 stimmberechtigte Mitglieder. SPD, Grünen, Linke, Die PARTEI und FDP kommen zusammengezählt rechnerisch auf 31 Stimmen, der Rest entsprechend auf 28. Und dieses Verhältnis setzt sich fort, nicht nur beim anschließenden tatsächlichen Beschluss der Wirtschaftspläne und der neuen Wasser- und Abwassergebühren. Der findet öffentlich statt und zeigt sehr klar die Grenzen zwischen den Fraktionen. Und abgesehen von völlig unstrittigen Themen stimmen auch bei anderen Fragen CDU, AfD und LBA zusammen ab. Dieses Mal

aber sind auf der Gegenseite wirklich alle zur Ratssitzung gekommen, sodass sie damit keinen Erfolg haben.

Hans-Dieter Falkenstein, Fraktionschef der SPD, kritisiert die Vorgehensweise der drei anderen Parteien beim Wasserstreit: „Wenn man wirklich etwas ändern wollte, müsste man zunächst den Ratsbeschluss von 2003 aufheben und dann Änderungsvorschläge einbringen.“ Das sei aber nicht passiert. Stattdessen werde Fundamentalopposition gemacht. Stadtwerke-Betriebsleiter Matthias Kreft ist derweil froh, dass er nun einen genehmigten Wirtschaftsplan hat. „Wir können jetzt ordentlich weiterarbeiten“, sagt er auf Rückfrage. Welche Auswirkungen die Verspätung möglicherweise auf pausierte Aufträge hat, könne er derzeit noch nicht absehen. „Wir haben zwei Monate verloren“, sagt er. Kosten habe das Ganze schon verursacht. „Durch den Neuversand der Gebührenbescheide entstehen Kosten von mehr als 31.000 Euro.“